

An das 6. Studierendenparlament der Verfassten Studierendenschaft der Universität Konstanz

Antrag

Von Linke Solidarische Demokrat*innen, GHG, Jusos

Unterstützer:

Antragstext:

„Das StuPa beschließt grundsätzlich, dass die Studierendenvertretung der Universität Konstanz grundsätzlich jedwede Schritte ablehnt, die unternommen werden, um die Rechte der Studierendenvertretungen zu beschneiden oder gar abzuschaffen, und verurteilt dies als undemokratisch.

Ferner beschließt das StuPa, dass das HoPo- Referat sich in einer Pressemitteilung zur Drucksache 7/3844 „Studenten sollen studieren - Schluss mit der politischen Agitation an unseren Hochschulen“ (Antrag AfD-Fraktion) des Landtages von Sachsen-Anhalt ablehnend zu positionieren und sich mit Studierendenvertretungen der Hochschulen in Sachsen-Anhalt zu solidarisieren.“

Begründung:

„Bereits in Baden-Württemberg wurden unter der Grün-Schwarzen Landesregierung die Rechte der Verfassten Studierendenschaften massiv beschnitten. Auch wir als VS haben uns in der Vergangenheit dagegen positioniert und kämpfen seit der Abschaffung des politischen Mandats darum, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Das ist bei weitem nicht alles. Seine Zustimmung zur aktuellen Neufassung der Grundordnung hat das Wissenschaftsministerium nur unter der Auflage gegeben, dass Paragraphen zur Beteiligung der Studierenden bei den Findungskommissionen zu Rektoren- und Kanzlerwahl gestrichen werden. Damit fallen weitere Mitspracherechte der Studierenden ersatzlos weg.

In Sachsen-Anhalt soll nun noch ein Schritt weitergegangen werden. Nicht nur das politische Mandat soll abgeschafft, nein, die Studierenden sollen dabei auch aus allen relevanten Gremien (wie auch dem Senat) ausgeschlossen und damit ihrer Stimme beraubt werden.

Eine Abschaffung von Studierendenschaften, egal wo sie versucht wird, sollte uns genauso betroffen machen, als wenn dies direkt mit uns geschehen würde. Das Mindeste was wir tun können, ist, dass wir uns klar positionieren und den dortigen Studierendenschaften unsere Solidarität ausdrücken.“

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Anhang: Drucksache 7/3844 des Landtages von Sachsen-Anhalt